

**GRÜNE BILANZ - 1 JAHR
REGIERUNGSVERANTWORTUNG**

www.gruene-saar.de

GRÜNER KURIER

GRÜNE INFORMATIONEN FÜR DAS SAARLAND



NEWTICKER

Bürgerbeteiligung stärken:

Zurzeit werden die Gesetzentwürfe zur Verbesserung der Volks- und Bürgerbegehren erarbeitet. Bürgerinnen und Bürger sollen sich zukünftig stärker an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen können. Damit soll auch das Interesse an Politik wieder gestärkt werden. Wir wollen den absoluten Finanzvorbehalt für Volksbegehren abschaffen, die Quoren absenken und das Verfahren insgesamt erleichtern sowie das Instrument der Volksinitiative einführen.

+++++

Gleichstellung vorantreiben:

Diskriminierung aufgrund sexueller Identität und Orientierung lehnen wir entschieden ab und dies wird künftig auch in der Landesverfassung verankert. Außerdem wird das Landesrecht weiter an das Lebenspartnerschaftsgesetz angepasst und um die Gleichstellung verpartnerter Beamter und Beamtinnen beim Familienzuschlag ergänzt. Hieran arbeitet derzeit eine Arbeitsgruppe.

+++++

Datenschutz bei Geodaten verbessern:

Auf Initiative der Grünen hat das Saarland im Bundesrat gemeinsam mit Hamburg einen Gesetzentwurf zur Verbesserung des Datenschutzes eingebracht: Lücken im Datenschutz gegenüber privaten Unternehmen bei der Erhebung von Geodaten (wie etwa Google Streetview) sollen geschlossen werden. Konkret bedeutet dies, dass Unternehmen dazu verpflichtet werden sollen, nicht nur das Gesicht von fotografierten Personen, sondern auch die komplette Gestalt unkenntlich zu machen. Darüber hinaus sollen Fahrten von Kamera-Autos vorab angekündigt werden und den Hauseigentümern und BewohnerInnen muss ein Widerspruchsrecht gegen die Abbildung von Gebäuden zugesichert werden.

Rekord-Beteiligung an Anti-AKW-Demos zeigt die Meinung der Bevölkerung



AKTIV für Atomausstieg KÄMPFEN



Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat beschlossen, den Atomkonsens aufzukündigen und die Laufzeiten für deutsche Atomkraftwerke zu verlängern. Diese Beschlüsse lehnen wir entschieden ab!

Die Bundesregierung macht hier Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung auf Kosten der Sicherheit. Am 18. September gab es bundesweite Proteste gegen die Laufzeitverlängerung. In Berlin sind 100.000 Menschen auf die Straße gegangen, in Perl haben über 1.500 Bürgerinnen und Bürger demonstriert, ihrem Ärger Luft gemacht und gezeigt, dass sie nicht einverstanden sind mit den Atom-Plänen der Bundesregierung.

Die Bilder von jenem Wochenende zeigen eines ganz deutlich: Die Bevölkerung will kein Festhalten

an der Atomkraft. Das Demonstrations-Wochenende war nur der Auftakt für eine Reihe von Anti-Atom-Aktionen. So waren die Saar-Grünen in den vergangenen Wochen im ganzen Land mit Infoständen vor Ort und haben die Menschen über die Gefahren von Atomkraftwerken aufgeklärt.

Die Atomenergie und ihre Nebenprodukte stellen ein unbeherrschbares Risiko dar. Die erhöhte Krebsgefahr, die Möglichkeit von Störfällen, die Möglichkeit von Terroranschlägen – und dazu kommt auch noch das Entsorgungsproblem. Generationen nach uns werden damit zu kämpfen haben. Asse zeigt, dass die Suche nach einem Endlager, das den Atomtüll dicht einschließt, vergeblich ist.

Dazu kommt, dass das Saarland

durch die grenznahe Lage der Atomzentrale in Cattenom und das geplante Endlager in Bure besonders von der Atomkraftnutzung betroffen ist. Radioaktivität kennt keine Grenzen. Unser Ziel ist die Beendigung der Kernkraftnutzung in ganz Europa. Atomstrom blockiert neben seinen ganzen sonstigen gefährlichen Nachteilen zudem den Ausbau der umwelt- und klimafreundlichen Erneuerbaren Energien.

Die Verlängerung der AKW-Laufzeit ist ein hochgefährlicher Unsinn, dem allen voran der saarländische Landtag geschlossen entgegentritt. Was bisher in keinem anderen Bundesland der Fall ist, haben die Grünen geschafft: Alle Fraktionen haben in einer Plenarsitzung im September gegen die Verlängerung der Laufzeiten gestimmt. > S. 2



**„FÜR EINE BESSERE
BILDUNGSPOLITIK“**

> S. 5



**„NEUORIENTIERUNG IN
DER SAARLÄNDISCHEN
UMWELTPOLITIK“**

> S. 6

Editorial



Markus Tressel
Generalsekretär Grüne Saar
Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

seit ziemlich genau einem Jahr hat das Saarland eine neue Landesregierung. Das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik hat sich eine Dreier-Konstellation zusammengefunden, die

es vorher noch nie gab: CDU, FDP und GRÜNE regieren ein Bundesland gemeinsam in einer sogenannten Jamaika-Koalition.

Auch in unseren eigenen Reihen hat diese Koalitionsentscheidung unseres Parteitages nicht immer für Begeisterung gesorgt. Nein, eine Liebesheirat war es nicht und sollte es auch nie werden, vielmehr eine Zweckgemeinschaft, mit dem Ziel das Saarland zu erneuern. In schwierigen Zeiten wollen wir dem Land eine neue Perspektive geben.

Und entgegen aller Unkenrufe hat diese Koalition in knapp einem Jahr viel erreicht: Wir haben die allgemeinen Studiengebühren abgeschafft, G8 entschärft, die Schullaufbahnpflicht gestrichen und damit dem Elternwillen bei der Schulwahl zur vollen Geltung verholfen. Wir haben ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände und ein neues Jagdgesetz auf den Weg gebracht, den saarländischen Wald wieder zum Bürgerwald gemacht. Ende dieses Jahres werden wir die Volksgesetzgebung reformieren und damit der saarländischen Bevölkerung bessere Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung einräumen, ein Vorhaben, zu dem noch keine Landesregierung vorher je die Kraft hatte. Und: Wir als Grüne haben es geschafft, dass sich im saarländischen Landtag ausnahmslos alle Parteien gegen längere AKW-Laufzeiten ausgesprochen haben. Das gibt es in keinem anderen deutschen Parlament! Grün wirkt auch hier.

Es gab aber auch selten eine Landesregierung, die so erbittert bekämpft wurde. Deshalb noch einige Worte zur Opposition: Ins Mark getroffen hat unsere Koalitionsentscheidung offenbar vor allem diejenigen, die sich selbst gerne in der Regierung gesehen hätten und jetzt alles dafür tun, um diese Regierung zu bekämpfen, egal ob gerechtfertigt oder ungerechtfertigt. Dabei werfen sie politische Inhalte über Bord, die sie selbst lange vertreten haben, wie etwa das längere gemeinsame Lernen. Ewig und drei Tage die beleidigte Leberwurst zu spielen, hat mit zukunftsfähiger Politik für dieses Land nichts zu tun. Das sollte sich die SPD vergegenwärtigen und endlich zur Sacharbeit zurückkehren. Bisher hat sie außer inhaltsarmem Gerede nichts, aber auch gar nichts geboten.

Jede Regierung braucht erst einmal einige Zeit um sich in der neuen Konstellation zurecht zu finden, zumal wenn drei Parteien zusammenarbeiten, die das vorher noch nie getan haben. Die saarländische Landesregierung hat in dieser Zeit trotzdem eine Menge auf den Weg gebracht. In dieser Zeitung wollen wir Ihnen die Erfolge im Detail darstellen. Besonders freuen wir uns aber über Ihre Rückmeldung. Für Fragen und Anregungen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Markus Tressel

Ihr
Markus Tressel



Forsetzung
TOP-THEMA

AKTIV FÜR ATOM- AUSSTIEG KÄMPFEN

Es besteht einstimmiger Konsens, dass der Bundesrat an dieser Entscheidung zu beteiligen ist und das Saarland im Bundesrat gegen die Verlängerung stimmen wird. Das Stimmverhalten ist außerdem im Koalitionsvertrag mit CDU und FDP ausdrücklich vereinbart.

Wie andere Bundesländer auch, prüft das Saarland eine Verfassungsklage einzureichen, sollte der Bundesrat nicht an der Entscheidung beteiligt werden. Die grüne Bundestagsfraktion prüft ebenfalls die Möglichkeit einer Verfassungsklage.

Grüne setzen ihr WAHLVERSprechen gegen SPD und Linke durch

Studiengebühren im Saarland für Erststudium wieder abgeschafft

Im Saarland brauchen Studentinnen und Studenten seit dem Sommersemester 2010 keine allgemeinen Studiengebühren mehr zu bezahlen. Das Erststudium an saarländischen Hochschulen ist damit wieder gebührenfrei.

Erst bei einer Überschreitung der Regelstudienzeit um mehr als vier Semester können Hochschulen im Saarland einen Beitrag von 400 Euro erheben – müssen es aber nicht. Wechselt man seinen Studiengang innerhalb der ersten zwei Semester, werden diese bei einer möglichen Überschreitung der Regelstudienzeit nicht berücksichtigt. Promotions-, sowie künstlerisches Aufbau- oder Vertiefungsstudium sind ebenso gebührenfrei. Des Weiteren sieht das Gesetz umfassende Ausnahmetatbestände vor, in denen die Gebührenfreiheit gilt.

Die saarländischen Hochschulen haben inzwischen bekannt gegeben, bis auf weiteres keine Gebühren zu erheben. Es bleibt also bei der vollständigen Gebührenfreiheit für saarländische Studierende. Was ebenfalls bleibt, ist der Wortbruch, den Heiko Maas und die SPD begangen haben: Sie stimmten im Februar im saarländischen Landtag gegen den Gesetzentwurf zur Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren.

Hubert Ulrich: „Studierende brauchen ab dem Sommersemester 2010 im Saarland keine allgemeinen Studiengebühren mehr zu zahlen – Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein! Das haben wir im Wahlkampf versprochen und das haben wir – gegen die Stimmen von SPD und Linke – auch erreicht.“



Grüne sind der Motor der Veränderung

Hubert Ulrich
Landesvorsitzender
Vorsitzender Landtagsfraktion

Vor genau einem Jahr haben die saarländischen Grünen Regierungsverantwortung übernommen. Das nehmen wir zum Anlass, eine Bilanz unserer bisherigen Arbeit in Parlament und Regierung vorzulegen. Den Wahlkampf 2009 hatten wir unter das Motto „Zeit für Veränderung“ gestellt, Zeit für Veränderung vor allem in der Umwelt- und Energiepolitik und im Zukunftsthema Bildung.

Nach langen Koalitionsverhandlungen mit allen Parteien haben sich die Grünen im Herbst des vergangenen Jahres mit großer Mehrheit für ein Bündnis mit den Liberalen und den Konservativen entschieden. Das sogenannte Jamaika-Bündnis hat natürlich für bundesweites Aufsehen, aber auch für Kritik vor allem von Seiten der heutigen Opposition gesorgt. Kritik, die im Stile von Verratslegenden, politischen Räuberpistolen und Gerüchten verbreitet wurde.

Im Grunde ist dies nichts anderes, als das was seit Lafontaine stets praktiziert wurde: Der Versuch, die Grünen politisch zu bevormunden, ihnen Identität und politische Eigenständigkeit und seit jüngstem auch politische Moral und persönliche Seriosität abzusprechen.

Ein klares Wort an dieser Stelle: Weder haben sich die Grünen bei ihrer Regierungsentscheidung durch Spenden beeinflussen lassen, noch waren die weit- aus reichlicheren Parteispenden an die SPD wohl mit der Auflage verbunden, sich in die Opposition zu begeben. Die Gründe für die Entscheidung der Grünen lagen vor allem darin, dass wir damals wie heute große Teile der Lafontaine-Linken als Politik unfähig einschätzen. Mit dieser Einschätzung finden wir uns übrigens in bester Gesellschaft mit vielen SPD-Landesverbänden im Bundesgebiet. Der zweite Grund ist inhaltlicher Natur. Angesichts der katastrophalen Haushaltssituation des Landes und der Abhängigkeit von Finanzspritzen von Bund und Ländern, wäre es sehr schwer geworden, mit einer von Oskar Lafontaine beeinflussten Regierung für unser Land zu werben und die Solidarität der anderen einzufordern. Was die Kritik der SPD an Jamaika betrifft, so muss man sich vor Augen halten, dass sich die SPD in Fragen der flexiblen Partnerwahl wohl von niemand übertreffen lässt. Ob Große Koalition, sozial-liberal, ob Ampel, ob rot-rot, rot-grün oder rot-rot-grün. Der SPD war und ist offenbar nichts fremd – außer sie sitzt nicht mit am Tisch.

Wir fordern vor allem die SPD auf, sich wieder stärker inhaltlich einzumischen und ihr politisches und kritisches Potenzial in die Debatte um die Lösungen der schwierigen Probleme des Landes einzubringen. Auch hier ist es Zeit für Veränderung.

Unser Land hat erheblichen Nachholbedarf in vielen wichtigen Zukunftsthemen. Das Voranbringen der Erneuerbaren Energien, die nicht nur dem Klimaschutz dienen, sondern auch Arbeitsplätze sichern und viele neue schaffen, ist einer der wichtigen Schwerpunkte unserer Arbeit. Ernstzunehmender Umwelt- und Naturschutz, Verbandsklagerecht für den Tierschutz, Forstreform und auch der Nichtraucherschutz – Grüne Regierungspolitik ist getragen von einem echten Willen zur Veränderung und dem Willen unser Land ökologisch, wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch zu modernisieren.

Wir haben im ersten Regierungsjahr viele Akzente setzen können ...

Abschaffung der Studiengebühren gehalten und wir haben Initiativen für eine gerechtere Bildungspolitik gestartet.

Unsere Regierungsmitglieder leisten professionelle Arbeit und werden zu Recht in der Öffentlichkeit gelobt. Das spornt uns an, und macht uns als Newcomer in der Regierung auch ein bisschen stolz.

Wir haben im ersten Regierungsjahr viele Akzente setzen können, auch unter den Bedingungen einer katastrophalen Haushaltslage. Wir haben aber auch harte Einschnitte im Rahmen der Sparmaßnahmen hinnehmen und mit verantworten müssen. Zwar konnten wir die Grünen Zukunftsthemen im Bildungsbereich und im Umweltschutz vor allzu großen Einschnitten bewahren. Aber nur eine strikte Sparpolitik und massive Anstrengungen im Bereich der ökologischen und ökonomischen Modernisierung werden dazu führen, dass unser Land sich in Zukunft aus eigener Kraft selbst tragen kann. Dazu bedarf es einer großen, gemeinsamen Anstrengung aller Saarländerinnen und Saarländer. Dazu bedarf es eines Motors für Veränderung. Wir stehen zu unserem Wahlkampfthema „Zeit für Veränderung“. Wir freuen uns, wenn Sie das anerkennen.

Hubert Ulrich

GRÜNE KÄMPFEN FÜR KONSEQUENTEN NICHTRAUCHERSCHUTZ



Mit der Änderung des Nichtraucherschutzgesetzes im Februar 2010 haben wir ein zentrales Wahlversprechen eingelöst. Ziel des Gesetzes ist es, ein generelles Rauchverbot in allen Gastronomiebetrieben einzuführen. Die bestehenden Ausnahmetatbestände wurden gestrichen, die Strafen für die Gastwirtinnen und Gastwirte, die gegen die Regelungen verstoßen, erhöht.

Der Verfassungsgerichtshof des Saarlandes hat in einer vorläufigen Entscheidung diese Änderung des Nichtraucherschutzgesetzes für bestehende Gaststätten ausgesetzt. Bis zu seiner endgültigen Entscheidung gilt das alte Nichtraucherschutzgesetz weiter. Währenddessen hat der Volksentscheid in Bayern eindrucksvoll gezeigt, dass eine überdeutliche Mehrheit der Bevölkerung das Rauchverbot in der Gastronomie befürwortet. Damit ist in Bayern jetzt das strengste Nichtraucherschutzgesetz bundesweit in Kraft. Das hat Signalwirkung für alle Länder, den Bund und auch die EU. Es wäre sinnvoll, den Nichtraucherschutz zumindest bundesweit einheitlich zu regeln – noch besser, europaweit. Unser Ziel ist und bleibt ein umfassender Gesundheitsschutz für Nichtraucherinnen und Nichtraucher. Dafür werden wir weiter kämpfen. Sollte der Verfassungsgerichtshof in seiner endgültigen Entscheidung zu dem Ergebnis kommen, dass die vorgenommene Änderung des Nichtraucherschutzgesetzes keinen Bestand haben sollte, werden wir auf eine gesetzliche Nachbesserung im Sinne des Nichtraucherschutzes hinwirken.

Der Saar-Wald wird zum Bürgerwald!



Für eine naturnahe und nachhaltige Waldwirtschaft

Das Saarland ist eines der waldreichsten Bundesländer – rund 36% der Fläche sind bewaldet. Den größten Waldbesitz bewirtschaftet mit ca. 45.000 Hektar der Saarforst-Landesbetrieb.



Mit der Saarforst-Reform wird das grüne Ziel der naturnahen Waldwirtschaft nun Realität und der Saarforst wird auf die Herausforderungen einer nachhaltigen Bewirtschaftung eingestellt. Speziell im Hinblick auf Biodiversität, Klimawandel und die veränderten Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an den Wald wird es Verbesserungen geben. Denn: Wälder sind viel mehr als nur Holzlieferanten! Sie sind Lebensraum, CO₂-Speicher und prägen das Landschaftsbild. Von Erholungssuchenden wird Wald am stärksten als ursprüngliche Natur empfunden. Wir Grüne treten deshalb ein für die Erhaltung siedlungsnaher Wälder als Erholungsgebiet. Auch sehen wir im Wald

neue Beschäftigungspotenziale, er kann zum „Grünen Arbeitsmarkt“ werden! Naturnahe Bewirtschaftung steht dabei im Vordergrund: Bei der Holzernte sind zukünftig nur noch Verfahren erlaubt, die den Waldboden nicht nachhaltig in seiner Struktur schädigen. Die hochmechanisierte Holzernte wird eingeschränkt und perspektivisch durch andere Verfahren ersetzt. Im künftigen „Waldkodex“ werden die Grundsätze der naturnahen Waldbewirtschaftung als einfache, für jedermann überprüfbare Kriterien festgelegt. Dies verbessert das Verständnis innerhalb der Bevölkerung für einen bewussten Umgang mit dem Wald.

Der Wald wird durch die Reform endlich wieder zum Bürgerwald, den man bei einem Herbstspaziergang genießen kann. Dabei soll der Saarwald zukünftig so naturnah wie möglich bewirtschaftet werden, um seine wirtschaftlichen sowie ökologischen Potenziale optimal zu nutzen.

Bildungspolitik im Zeichen der Chancengleichheit

Um Chancengleichheit in der Bildungslandschaft herzustellen, wurden die Forderungen der Grünen-Landtagsfraktion bereits in den ersten Monaten von der neuen Landesregierung umgesetzt.

So war die Abschaffung der verbindlichen Laufbahnpflicht nach dem 4. Grundschuljahr ein erster richtiger Schritt, um die Bildungschancen von der sozialen und ethnischen Herkunft zu entkoppeln. Ohne diese Laufbahnpflicht wird die Kompetenz und Wahlfreiheit der Eltern weiter gestärkt. So haben die Eltern die Wahl zwischen Gesamtschule, Erweiterter Realschule oder dem Gymnasium. Durch den Wegfall der Laufbahnpflicht wird nicht nur die

Bildungsgerechtigkeit weiter gestärkt, sondern der Druck sowohl auf GrundschülerInnen als auch auf GrundschullehrerInnen kann auf diese Weise etwas gemindert werden.

Mit der Einführung der Kostenfreiheit für Ganztagsangebote wurde eine weitere langjährige grüne Forderung im Bildungsbereich umgesetzt. Gerade die Kostenfreiheit für Ganztagsangebote verbessert die Chancengleichheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Bildung ist somit weniger vom Geldbeutel der Eltern abhängig. Hinzu kommen 1.280 geförderte Krippenplätze in Kindertageseinrichtungen. Um alle Bereiche der Ganztagsbetreuung zu finanzieren, wurden 3,8 Millionen Euro allein für das Jahr 2010 zur Verfügung gestellt.

Bausteine für bessere Bildung

Die Zukunft unserer Gesellschaft hängt in hohem Maße von einer umfassenden Bildung ab. Wirtschaft, Kultur und Sozialstaat werden sich nur dann weiter entwickeln, wenn alle Menschen ihre Bildungspotenziale optimal entfalten. Wir wollen das Bildungssystem im Saarland in mehreren Schritten besser machen und gerechter gestalten:

Das Schulvorbereitungsjahr

Im letzten Kindergartenjahr werden die Kinder gemeinsam von Erzieherinnen und Erziehern, sowie Grundschullehrkräften auf den Übergang zur Grundschule vorbereitet. Orientierungspunkt ist dabei das Bildungsprogramm für saarländische Kindergärten. Dadurch wird der Übergang von der einen zur nächsten Bildungseinrichtung signifikant erleichtert und harmonischer gestaltet: aus Kindergartenkindern werden Schulkinder und das möglichst stressfrei.

Das Zwei-Säulen-Modell

Im Bereich der weiterführenden allgemein bildenden Schulen soll das sogenannte Zwei-Säulen-Modell eingerichtet werden. Eine Säule ist das Gymnasium, die andere Säule die Gemeinschaftsschule. Die Gemeinschaftsschule soll künftig die Elemente der Erweiterten Realschule und der Gesamtschule verbinden. Ausgestaltet als integrierte und differenzierte Schulform bietet sie dann alle Bildungsabschlüsse an: den Hauptschulabschluss, den mittleren Bildungsabschluss und das Abitur. Das Abitur kann dann zukünftig am Gymnasium bereits nach zwölf Schuljahren, oder aber an der Gemeinschaftsschule nach 13 Schuljahren erreicht werden. Das System bietet damit ein Höchstmaß an Wahlfreiheit.

Der Ausbau Gebundener Ganztagschulen

In den kommenden Jahren soll das Angebot an Gebundenen Ganztagschulen ausgebaut werden. Es sollen flächendeckend echte qualitativ hochwertige Ganztagschulen eingerichtet werden, die Häuser des Lebens und Lernens sind, in denen sich die Kinder wohlfühlen und in denen sie ihre individuellen Fertigkeiten und Fähigkeiten weiterentwickeln können. Die Eltern sollen die Wahlfreiheit haben zwischen einer Halbtagsschule und einer Ganztagschule. Daher sollen in jedem Schulbezirk so viele verbindliche Ganztagschulen eingerichtet werden, dass Eltern, die dies wünschen, ihre Kinder auf eine solche Schule schicken können.



Klaus Kessler
Minister für Bildung

„Für eine bessere Bildungspolitik“



Nach rund einem Jahr in Regierungsverantwortung lohnt sich ein Rückblick im Bereich der Bildungspolitik, für die ich als Minister verantwortlich bin. Ich bin angetreten mit dem Anspruch, die Bildungspolitik innerhalb der Landesregierung eine besondere Priorität einzuräumen, mehr Gerechtigkeit in das System zu bringen und gleichzeitig für qualitative Verbesserungen in der Bildung zu sorgen. Zur Umsetzung meiner Ziele möchte ich möglichst viele Betroffene und Beteiligte auf dem Weg zu einer besseren Bildung im Saarland mitnehmen. Deshalb habe ich von Anfang an über alle geplanten Maßnahmen breit und transparent informiert und mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Erst am Ende dieses Diskussionsprozesses soll dann die politische Entscheidung stehen.

In Bezug auf längeres gemeinsames Lernen unter anderem durch Einführung eines fünften Grundschuljahres ist eine umfangreiche Informations- und Diskussionsphase überflüssig geworden – die Oppositionsparteien haben einer dazu erforderlichen Verfassungsänderung von vornherein eine Absage erteilt. Für mich heißt das, es bleibt bei vier Grundschuljahren. Das ändert allerdings nichts daran, dass das Thema längeres gemeinsames Lernen im Sinne von mehr Bildungsgerechtigkeit auf der Agenda bleibt und auch weiterhin von mir verfolgt wird.

Dazu zählt zum Beispiel die Einführung eines Kooperationsjahres Kindergarten – Grundschule, um den Übergang zwischen Kindergarten und Grundschule fließender und fördernder zu gestalten. Mit Beginn dieses Schuljahres haben wir das Kooperationsjahr in einer Pilotphase an 20 Grundschulen und 58 Kindergärten eingeführt.

Geplant ist die schrittweise Ausweitung des Kooperationsjahres auf alle Grundschulen. Längeres gemeinsames Lernen soll auch durch die flächendeckende Einrichtung der Gemeinschaftsschule ermöglicht werden. Diese neue Schulform soll aus der Zusammenlegung von Erweiterter Realschule und Gesamtschule entstehen. Als Alternative zum G8 soll hier in 9 Jahren Abitur gemacht werden können. Darüber hinaus werden an dieser Schule alle Abschlüsse angeboten und die Entscheidung über die Bildungslaufbahn des Kindes lange offen gehalten. Hierzu ist eine Verfassungsänderung erforderlich, für die Stimmen von der Oppo-

Mein Ziel ist es, ... qualitative Verbesserungen in der Schule zu erreichen, aber ebenso die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

sition benötigt werden. Zurzeit führe ich eine breite Anhörung zum Thema Gemeinschaftsschule durch. Auf der Bildungstour der Saar-Grünen informiere und diskutiere ich ebenso darüber. Mittlerweile zeichnet sich ab – anders als beim 5. Grundschuljahr – dass es dafür eine breite gesellschaftliche Akzeptanz gibt, zumal die Einführung der Gemeinschaftsschule eine zeitgemäße Antwort in der Schulstrukturfrage auf die demografische Entwicklung ist.

Doch neben Strukturfragen in der Bildungspolitik geht es mir ebenso um Inhalte und pädagogische Gesichtspunkte. Bildungsinhalte werden in Lehrplänen festgelegt, die beständig aktualisiert und revidiert werden müssen. Auch die Stofffülle muss dabei auf den Prüfstand, ebenso die Verteilung der Fachstunden in den Stundentafeln. Für das G8-Gymnasium sind die Stundentafeln bereits überarbeitet worden, die Überarbeitung der Lehrpläne wird nachfolgen. Nicht die maximale Summe des Faktenwissens wird in Zukunft wichtig sein, sondern die

Kompetenzorientierung und die Bildungsstandards, die im Übrigen bundesweit Geltung haben. Diese Maßnahmen sind im Wesentlichen auf eine breite Zustimmung gestoßen, insbesondere bei Eltern, die die Einführung einer Klassenleiterstunde am Gymnasium sehr begrüßt haben. Das Gleiche gilt für die Abschaffung der verbindlichen Schullaufbahnpflicht durch die Grundschulen, eine Maßnahme gleich zu Beginn meiner Amtsübernahme. Mir ist es wichtig, die Verantwortung der Eltern für die Bildungslaufbahn ihrer Kinder zu stärken und ihnen dazu ein breites qualitativ hochwertiges Bildungsangebot zur Auswahl zu stellen.

In dieser Hinsicht werde ich auch die ganztägige Bildung und Betreuung in der Schule ausbauen. Neben den Angeboten der Freiwilligen Ganztagschulen und den Ganztagsklassen wird es in Zukunft mehr Gebundene Ganztagschulen geben. Dazu habe ich vor kurzem ein Eckpunktepapier vorgestellt. Auf der Basis einer mit den Schulträgern abgestimmten regionalen Schulwicklungsplanung soll es im Saarland in den nächsten Jahren ein bedarfsgerechtes pädagogisch hochwertiges Schulangebot mit verschiedenen Formen der Ganztagsbetreuung geben. Mein Ziel ist es, dadurch qualitative Verbesserungen in der Schule zu erreichen, aber ebenso die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

An dieser Stelle können längst nicht alle Maßnahmen und Vorhaben meiner Bildungspolitik aufgeführt werden. Ich werde allerdings regelmäßig ausführlich über die entsprechenden Pläne informieren. Für die kommende Zeit wünsche ich mir konstruktive und sachorientierte Diskussionen jenseits ideologischer Grabenkämpfe mit dem Ziel einer möglichst großen Gemeinsamkeit über die notwendigen Veränderungen und Verbesserungen in unserem Bildungswesen.

Klaus Kessler



Dr. Simone Peter
Ministerin für Umwelt, Energie und Verkehr

Ein Jahr grünes Umweltressort - Die Neuorientierung der saarländischen Umweltpolitik ist eingeleitet



Die saarländische Umweltpolitik ist mit unserer Regierungsbeteiligung bereits ein ganzes Stück grüner geworden. Unter dem Motto „Natürlich. Ökonomisch. Leben“ orientieren wir uns an den Erfordernissen einer nachhaltigen Landesentwicklung und an der Lebensqualität der Menschen. Hierzu haben wir mit neuen Inhalten, neuen Maßnahmen und neuen Strukturen beigetragen; das gilt in der Energie- und Verkehrspolitik, ebenso wie im Natur- und Artenschutz und in der Ver- und Entsorgung.

Ein bewegendes Thema der letzten Wochen war sicherlich die geplante Laufzeitverlängerung für AKWs. Diese hat direkt und indirekt Einfluss auf das Saarland, denn Atomstrom verdrängt umweltfreundlichen Strom aus Erneuerbaren-Energien- und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und seine Produktion ist mit hohen Risiken und einem gesteigerten Müllaufkommen verbunden. Radioaktivität kennt auch keine Grenzen, weswegen wir uns gegen eine Laufzeitverlängerung und für alternative Energiekonzepte in der gesamten Großregion stark machen.

Der Klimaschutz ist eine zentrale Umweltaufgabe. Der Ausstoß der Treibhausgase soll um 80 Prozent bis 2050 reduziert werden. Hierzu erarbeiten wir im Rahmen der Masterpläne Neue Energie und Neue Mobilität Konzepte und Maßnahmen. In der Energieversorgung setzen wir vorrangig auf Erneuerbare Energien und wollen Energieeffizienzpotenziale umfassend ausschöpfen. Unter Federführung des IZES ist das Energieeffizienznetzwerk für Unternehmen auf den Weg gebracht worden. Das saarländische Landesplanungsgesetz und

der Landesentwicklungsplan erhalten das Leitziel, die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen und kulturellen Funktionen besser in Einklang zu bringen. Das heißt unter anderem, dass mehr Flächen für Erneuerbare Energien zur Verfügung stehen werden. Ab Frühjahr kommenden Jahres wird der Bau von Windkraftanlagen auch außerhalb der ausgewiesenen Vorrangflächen möglich sein. Ein flächendeckendes Solarkataster ist im Aufbau. Der Landkreis Saarlouis ist mit unserer Unterstützung vorangegangen und die Analysen zeigen: Es gibt ein enormes Solar-Potenzial auf saarländischen Dächern. Unsere Städte und Gemeinden machen sich damit auf den Weg zu energieautarken Kommunen.

Die Verkehrswende stärkt den ÖPNV als wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Die

„Die Grünen Umweltthemen sind aktueller denn je und erfahrene gesellschaftsübergreifend eine breite Solidarität.“

Umschichtung von Geldern aus dem Straßenbau sichert mehr Geld für den öffentlichen Personennahverkehr in den Kommunen. Nachtbusse und bessere Verbindungen an Wochenenden machen das Busfahren attraktiver, gerade auch für Jugendliche. Mehr Sicherheit für die Fahrgäste in den Zügen und auf den Bahnhöfen, vor allem abends und nachts, erleichtern das Umsteigen vom Auto auf die Bahn. Das Saarland setzt mit dem Vernetzungsmodell Elektromobilität, also der intelligenten Verknüpfung des ÖPNV mit dem Individualverkehr, ein wichtiges Zukunftszeichen. Der Radwegeverkehrsplan ist in Arbeit.

Der Erhalt der biologischen Vielfalt gehört zu den Aufgaben, denen wir uns in besonderem Maße verpflichtet fühlen. Der

Verlust an Biodiversität schreitet weltweit rasant voran und ist deshalb besonders dramatisch, weil der Verlust unumkehrbar ist. Eine besondere Bedeutung kommt daher dem Schutz der heimischen Tier- und Pflanzenwelt und deren natürlichen Lebensgrundlagen zu. Um diese zu schützen, arbeiten wir an der Novelle des saarländischen Naturschutzgesetzes. Auf der Grundlage der landesweiten Biodiversitätsstrategie bauen wir ein Biotopverbundsystem auf. Durch die Reform des Saarforsts wollen wir den ökologischen Belangen ebenfalls stärker Rechnung tragen. Bei der Überarbeitung des Jagdgesetzes wird der Tierschutzgedanke eine wichtige Rolle spielen. Die Schonzeit für Füchse wurde bereits eingeführt. Der Tierschutz erhält auch durch das Verbandsklagerecht und organisatorische Verbesserungen deutlich mehr Gewicht. Die Ver- und Entsorgung soll bürgernah und ökologischer werden. Der Abfallwirtschaftsplan verschärft die bisherigen Ziele bei der Müllvermeidung. Das bedeutet zum Beispiel mehr Wertstoffzentren und die stärkere energetische Verwertung von Biomüll. Der jetzt vorgelegte Bewirtschaftungsplan für Gewässer macht konkrete Vorgaben insbesondere zur Begrenzung des Schadstoffeintrags, zum Hochwasserschutz und zum Schutz von wandernden Fischen.

Mein Resümee des ersten Jahres: Wir haben bereits einiges auf den Weg gebracht, um das Saarland zukunftsfähig zu machen. Die grünen Umweltthemen sind aktueller denn je und erfahrene gesellschaftsübergreifend eine breite Solidarität. Das stärkt uns den Rücken für die künftige Arbeit.

Dr. Simone Peter

Auswahl bereits erzielter Erfolge ...



Studiengebühren abgeschafft

verbindliche Schullaufbahnpflichtung abgeschafft – Wahlfreiheit für Eltern gestärkt

Beitragsfreiheit bei Betreuung in Ganztagschulen eingeführt

Neue G8-Studentafel – Schülerinnen und Schüler entlastet

Pilotprojekt Kooperationsjahr zwischen Kindergarten und Grundschule gestartet

Konzept für Gebundene Ganztagschulen erarbeitet

Nichtraucherschutz gestärkt

Keine Einsparungen im Bildungsbereich – demografische Rendite verbleibt im System

Umsetzung UN-Behindertenkonvention in Arbeit – Beirat Inklusion hat sich konstituiert

Saarland stimmt gegen Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke

SaarForst-Landesbetrieb wird reformiert – Stärkung der naturnahen und nachhaltigen Waldbewirtschaftung

Energiemasterplan in Arbeit – nachhaltige Sicherstellung der Energieversorgung im Saarland

Tierschutz-Verbandsklagerecht auf den Weg gebracht

Saarländisches Jagdgesetz wird im Sinne des Tierschutzes überarbeitet

Tariffreugesetz verabschiedet

Sechsmontatige Schonzeit für Füchse eingeführt

GrundschullehrerInnen werden künftig wieder im Saarland ausgebildet

finanzielle Förderung des ÖPNV deutlich erhöht

... wird fortgesetzt

HAUSHALT 2010

Erste Wahlversprechen umgesetzt!

Die Grünen sind bei der Landtagswahl 2009 mit der Zielsetzung angetreten, das Saarland ökologisch zu erneuern, in sozialer Verantwortung zu modernisieren und gesellschaftlich sowie wirtschaftlich wieder zu einem starken Bundesland zu machen. Diesen Wählerauftrag haben wir ernst genommen und umgehend an der Umsetzung im Rahmen des saarländischen Haushaltes 2010 gearbeitet. Schon der Regierungsentwurf trug eine deutlich grüne Handschrift – dem bis zur endgültigen Verabschiedung noch ein paar entscheidende, grüne Akzente hinzugefügt wurden.

Einen Schwerpunkt bildet der Bereich Umwelt, Energie und Verkehr: Für einen kundenfreundlichen ÖPNV haben die Grünen im Haushalt 2010 mehr Mittel bereitgestellt. Dies gelang ohne die Neuverschuldung zu erhöhen, da die Verteilung der Mittel aus dem Gemeindever-

kehrsfinanzierungsgesetz zu Gunsten des ÖPNV auf das Verhältnis 60:40 umgestaltet wurde. Um den Tierschutz zu verbessern, wurden auf Initiative der Grünen noch zusätzliche 100.000 Euro durch die Regierungsfractionen eingestellt. Darüber hinaus haben wir im internationalen Jahr der Biodiversität zusätzliche 25.000 Euro bereitgestellt, um eine Kofinanzierung entsprechender Bundesprogramme sicherstellen zu können. Die Grundlage für die notwendige Energiewende wurde gelegt: So sind für den Klimaschutz einschließlich der Verpflichtungsermächtigungen über 12 Mio. Euro eingestellt.

Auch bei der Bildung, der sozialen Gerechtigkeit und der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern haben wir unsere Versprechen in das Zahlenwerk eingebracht. Wir haben die Ansätze für Gender-Mainstreaming und für die Frauenbibliothek er-

höht. Gleiches gilt für zielgerichtete Modellprojekte gegen Kinderarmut. Für uns sind Gerechtigkeitsfragen und Bildungspolitik untrennbar verbunden. Beweis dafür: die Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren bereits Anfang dieses Jahres. Im Haushalt sind dafür als Kompensationsmittel für die Hochschulen des Landes über 11 Millionen Euro eingestellt. Auch in anderen Bereichen wird bei der Bildung nicht gespart.

Trotz aktuell angespannter Haushaltslage ist es uns im Vergleich zum Vorjahr im Bereich Kultur gelungen, eine Steigerungsrate von rund 9 Prozent zu erzielen. Bei der Polizei konnten sowohl die Personalsituation als auch die Ausstattung verbessert werden. Als Investition in die Zukunft des Landes sind auch die Mittel zu verstehen, die etwa in die Förderung von Gründerinnen bis hin zu Innovations- und Technologieförderung fließen. Letztere wurde nochmals um rund 3 Millionen Euro erhöht.

Das Saarland setzt auf nachhaltige Mobilität

Wir wollen das Saarland, das derzeit noch die höchste Autodichte aller Bundesländer aufweist, zu einer Modellregion für nachhaltige Mobilität machen.

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) soll künftig Vorrang vor dem Straßenverkehr haben, daher wurde die Verteilung der Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zu Gunsten des ÖPNV auf das Verhältnis 60:40 umgestellt. Nur mit einem nutzerfreundlichen und attraktiven ÖPNV-Angebot können wir den Saarländerinnen und Saarländern eine echte Alternative zum motorisierten Individualverkehr bieten! Jeder Beitrag dazu ist wichtig - deshalb haben wir uns auch dafür eingesetzt, dass das erfolgreiche Modellprojekt der Nachtbusse fortgeführt wird.

Als Ergänzung zum ÖPNV-Angebot fördert das Land darüber hinaus die Elektromobilität. Unter der Federführung des saarländischen Umweltministeriums ist dazu ein bundesweit einzigartiges Vernetzungskonzept ausgearbeitet worden, das auf die intelligente Verknüpfung aller Verkehrsarten im Ballungsraum abzielt. Das Konzept sieht vor, CO₂-freie und geräuscharme Mobilitätslösungen zu entwickeln, die Teil regenerativer Kombikraftwerke sind. Damit können die Probleme der Zukunft im Bereich Energie und Mobilität gelöst werden. Elektromobilität bietet aber auch Chancen für den Wirtschaftsstandort – und gibt damit dem notwendigen Strukturwandel vor Ort eine ganz neue Richtung, denn traditionell ist das Saarland sowohl Energie- als auch Automotivstandort. Wir brauchen Impulse zur anwendungsbezogenen Forschung in diesem Bereich. Das Konzept ist dafür ein erster Baustein. Weitere Bausteine befinden sich bereits in Arbeit. So sind im letzten Jahr erste Voraussetzungen für den Aufbau eines Instituts für automobile Entwicklung geschaffen worden, das die vorhandenen Kompetenzen im Bereich Mobilität und Nachhaltigkeit bündeln soll.

